



Back to the Future: Yasmin Fahimi mit den Delegierten der IG BCE-Jugend auf dem 22. DGB-Bundeskongress im Mai 2022 in Berlin

Ausgabe August 2022

inhalt

3 thema

Die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi im Interview

4 schule, ausbildung, studium + beruf

Die IG Metall-Studie zu Ausbilder*innen

5 azubi-ratgeberin

Zum Ausbildungsstart mit Corona

6 projekte

Die nächste BAföG-Novelle
DGB-Jugend BB auf Gedenkstättenfahrt

7 dokumentation

Die ver.di Jugend spricht sich gegen ein »Bedingungsloses Grundeinkommen« aus

Stark für die Zukunft

Yasmin Fahimi ist die neue Vorsitzende des DGB. In der Soli aktuell spricht sie über die Themen der Gewerkschaftsjugend.

Yasmin, der DGB-Bundeskongress hat sich auf Initiative der DGB-Jugend für eine umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie ausgesprochen. Wie wichtig ist dir dieser Beschluss?

Sehr wichtig! Jede und jeder, die oder der eine Ausbildung machen will, soll dazu die Chance bekommen. Damit das klappt, brauchen wir die umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie.

Unsere Volkswirtschaft lebt ja von ihrer Innovationskraft. Und Innovationen werden von Menschen gemacht. Es muss uns gelingen, jede Generation mit höchsten Ansprüchen auszubilden und – unabhängig vom Ausbildungsniveau – in der Arbeitswelt zu integrieren. Das ist eine der großen Erfolgsgeschichten des deutschen Berufsbildungssystems: die Garantie der gesellschaftlichen Teilhabe am Wohlstand für alle Bevölkerungsgruppen. Ich will auch daran erinnern, dass die Berufswahlfreiheit ein in unserer Verfassung verankertes Recht ist.

Du hast auf dem Kongress noch ein anderes Thema im Zusammenhang mit der Jugend angesprochen.

Ja, und zwar die Wohnsituation junger Menschen, die mit der Berufswahl ja eng verknüpft

ist. Bildung und Berufsbildung dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen – und das gilt auch fürs Wohnen. Gerade Auszubildende und auch Studierende brauchen bezahlbare Mieten. Deshalb sollte die Politik dafür ein Programm »junges Wohnen« starten – mit gleichen Bedingungen für Auszubildende und Studierende, die dann am besten auch unter einem Dach wohnen.

Du siehst in diesem Bereich sogar die Gefahr einer gesellschaftlichen Spaltung...

Ja. Wir müssen dafür sorgen, dass die akademische und die berufliche Ausbildung nicht als hierarchische Bildungsklassen gesehen werden. Die Berufsbildung ist ein eigenständiger, ein erfolgreicher Bildungsweg in die Arbeitswelt – und kein Restposten für weniger Talentierte.

Was wäre dabei möglichst schnell umzusetzen?

Jede Ausbildung sollte kostenlos sein. Es ist nicht einzusehen, dass für einige Berufe immer noch Schulgelde zu zahlen sind. Weg damit, und zwar bundesweit. Mit solchen Relikten einer überkommenen Ausbeutungsstrategie lässt sich weder der demografische Wandel erfolgreich gestalten noch eine erfolgreiche Transformationsstrategie entwickeln.

(Fortsetzung auf Seite 3)

Prüfer*in werden

Die Gewerkschaften suchen Kolleg*innen, die sich in den Prüfungsausschüssen engagieren wollen. Ihr sichert die Qualität in der Aus- und Weiterbildung!



<https://pruef-mit.de>, www.prueferportal.org

Nachhaltig sein

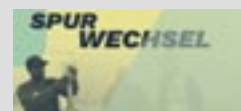


Wie können Gewerkschafter*innen die sozial-ökologische Transformation der Arbeitswelt gestalten? Ein Debattenbeitrag zur Bildungsarbeit.

<https://gegenblende.dgb.de/-/cvd>

Junge Beschäftigte

»Brauchen Facharbeiter nicht nur zwei, sondern 45 Jahre!«: Die Junge BAU beschäftigt sich mit dem Thema Asyl und Ausbildung.



<https://t1p.de/Facharbeit>

Das geht besser

Mindestlohn // Ab Oktober dieses Jahres wird der gesetzliche Mindestlohn in Deutschland 12 Euro je Arbeitsstunde betragen. Das hat der Deutsche Bundestag beschlossen. Der DGB begrüßt die Entscheidung grundsätzlich. Mit der Erhöhung erhalten rund 6,2 Millionen Beschäftigte mehr Anerkennung für ihre Arbeit. Die ebenfalls mit dem Gesetz verbundene Erhöhung der Minijob-Grenze lehnt der DGB ab. Gerade für diejenigen, die in ihrer Erwerbsbiografie nahezu ausschließlich im Minijob arbeiten, ist das ein sicheres Ticket in die Altersarmut – überwiegend trifft dies Frauen.



Der DGB sagt: Mit Blick auf den akuten Fachkräftemangel, soziale Absicherung und Gleichstellung sind noch mehr Minijobs ein Irrweg. Und die Koalition muss auch bei der Arbeitszeiterfassung liefern. Es braucht eine lückenlose verlässliche und manipulationssichere Erfassung in sämtlichen Branchen.

Weitere Infos: www.dgb.de/-/lqD

ver.di fordert mehr

Klimageld // Bei der Gewerkschaft ver.di begrüßt man den Vorschlag von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD), ein sozial gestaffeltes Klimageld für Einkommen unter 4.000 Euro einzuführen. Dabei darf es aber nicht bleiben. »Angesichts der exorbitant gestiegenen Energiepreise muss jetzt geklotzt und nicht gekleckert werden. Deswegen müssen sämtliche Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung komplett an die Bürgerinnen und Bürger zurückgegeben werden, um wirksame Entlastung zu schaffen«, sagt der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke.



F. Werneke

Weitere Infos: www.verdi.de

Dossier Transformation

DGB-Bildungsarbeit // Transformation ist das Thema unserer Zeit. Doch was bedeutet sie? Was machen Gewerkschaften, um Gute Arbeit im Wandel mitzugestalten? Diese und andere Fragen beantwortet das »Transformation und Gute Arbeit«-Dossier des DGB-Bildungswerkes mit Videos, Artikeln und Online-Quiz.

Zu finden auf www.dgb-bildungswerk.de

Impressum

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: Kristof Becker

Herausgeber: DGB Bundesvorstand, Abteilung Jugend und Jugendpolitik, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 - 172, Fax: - 226

Redaktion: Jürgen Kiontke, E-Mail: juergen.kiontke@dgb.de

Wir fordern mehr

Entlastungen // DGB und Gewerkschaften fordern die Bundesregierung auf, neben Erwerbstätigen und Selbstständigen auch Studierende und Renten- bzw. Pensionsbeziehende von den hohen Energiekosten zu entlasten, insbesondere indem die Energiepreispauschale auch an diese Gruppen gezahlt wird. **Andreas Keller**, der Hochschulexperte der Bildungsgewerkschaft GEW:



A. Keller

»Schon beim Heizkostenzuschuss sind rund 90 Prozent aller Studierenden leer ausgegangen.« Und die Energiepauschale von 300 Euro bekomme als Studierender nur, wer einkommenssteuerpflichtig sei – »das sind die allermeisten nicht«, sagt Keller.

Erst abmahnen

Azubi gekündigt // Ein in einem Krankenhaus beschäftigter Auszubildender hat nach einer unwirksamen Kündigung seines Ausbildungsverhältnisses auch ohne Vorlage eines

Impf- oder Genesen-Nachweises nach § 20a Abs. 2 Satz 1 Infektionsschutzgesetz Anspruch auf Annahmeverzug gegen seinen Arbeitgeber. Das hat das Arbeitsgericht Bonn entschieden. Klartext: Eine fristlose Kündigung ist ohne vorherige Abmahnung unwirksam.

Der 21-Jährige war seit Oktober 2019 bei einem regionalen Krankenhaus beschäftigt. Die Klinik hatte fristlos gekündigt, da er u. a. in dem Testzentrum der Beklagten seine Maske unter die Nase gezogen und auf Anweisungen des Geschäftsführers zunächst nicht reagiert hatte.

Arbeitsgericht Bonn, Az.: 2 Ca 2082/21

Herzlichen Glückwunsch!

DGB-Jugend gratuliert JAVen // Mitbestimmen, mitgestalten und Verantwortung übernehmen – für eine hohe Ausbildungsqualität und eine gute Zukunft der Auszubildenden, Anwärter*innen und dual Studierenden: Die DGB-Jugend gratuliert allen Jugend- und Auszubildendenvertreter*innen, die nach dem Bundespersonalgesetz im öffentlichen Dienst gewählt wurden. Sie steht mit Rat und Tat bereit und erinnert daran, schnell Kontakt zu den zuständigen Jugendsekretär*innen aufzunehmen.



Weitere Infos: <https://jugend.dgb.de/jav>

Nicht für alle da

Urlaubsgeld // In Deutschland erhalten etwas weniger als die Hälfte (46 Prozent) aller Beschäftigten in der Privatwirtschaft Urlaubsgeld. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Online-Befragung des gewerkschaftlichen Internet-Portals Lohnspiegel.de.



Ob Beschäftigte eine Gratifikation erhalten oder nicht, hängt von mehreren Faktoren ab. Der mit Abstand wichtigste Faktor ist die Tarifbindung: So erhalten 74 Prozent der Beschäftigten in tarifgebundenen Unternehmen der Privatwirtschaft ein Urlaubsgeld, aber nur 36 Prozent der Beschäftigten in Unternehmen ohne Tarifvertrag.

Auch bei den Geschlechtern zeigen sich deutliche Unterschiede: Männer arbeiten mit 49 Prozent häufiger in Betrieben, die ein Urlaubsgeld zahlen, als Frauen (41 Prozent).

Weitere Infos: www.lohnspiegel.de

Mehr junge Generation

Kinderreport da // Eine Mehrheit der Menschen in Deutschland fordert der »Kinderreport«-Studie des Deutschen Kinderhilfswerks zufolge, dass die Interessen der jungen Generation stärker von der Politik berücksichtigt werden. 94 Prozent der Kinder und Jugendlichen



sowie 84 Prozent der Erwachsenen möchten, dass die Kinderrechte im Grundgesetz verankert werden. Dass neue Gesetze auf ihre Kinder- und Jugendfreundlichkeit geprüft werden, wollen 86 Prozent der

Betroffenen sowie 76 Prozent der Erwachsenen. In den vergangenen Jahren habe sich die Politik aus Sicht der Befragten nicht ausreichend mit den Belangen der jungen Generation auseinandergesetzt: 83 Prozent der Minderjährigen und 79 Prozent der Erwachsenen waren dieser Meinung.

Weitere Infos: www.dkhw.de

Der Krieg in der Ukraine

DBJR engagiert sich // Der Krieg in der Ukraine betrifft alle, heißt es beim Deutschen Bundesjugendring (DBJR). Auf einem besonderen Portal bietet der Jugenddachverband Tipps, Informationen und Anregungen, wenn man helfen will oder auch Hilfe braucht. Motto: »Zusammen sind wir nicht alleine!«

Auf www.u18.org/mitmachen/ukraine

In eigener Sache

Die DGB-Jugend verwendet in ihren Publikationen mit Beschluss des DGB-Bundesausschusses ab jetzt den Gender-Stern als Darstellung geschlechtssensibler Sprache.



Gefördert vom:



Internet: jugend.dgb.de
Grafik: Heiko von Schrenk

Aboverwaltung: Daniela Linke,
E-Mail: daniela.linke@dgb.de

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

Juli 2022



Gruppenbild mit Vorsitzender: Die Jugenddelegierten des 22. DGB-Bundeskongresses mit Yasmin Fahimi im Mai 2022 in Berlin

Foto: DGB / Gordon Welters

(Fortsetzung von Seite 1)

Und weil Armut in diesem Land vererbt wird – und das sogar zunehmend –, müssen wir auch an dieses Thema ran. Armut hängt meistens mit ungleichen Bildungschancen zusammen. Die gibt es leider schon in der Schule und auch später im Berufsleben. Deshalb: Wir brauchen echte Bildungschancen. Das beginnt in den Schulen, für die wir dringend mehr Lehrerinnen und Lehrer brauchen, auch um individuelle Fördermöglichkeiten zu verbessern. Und es geht weiter mit der Aus- und Weiterbildung, die einfach viel mehr Menschen offenstehen muss als es bislang der Fall ist. Erfolgreiche Erwerbsbiografien sind immer mehr davon abhängig, dass es fortwährende Angebote für Qualifizierung

gibt. Deshalb brauchen wir einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung sowie mehr Mitbestimmungsrechte bei der Personalplanung und Weiterbildung.

Du warst selbst lange in der IG BCE-Jugend aktiv. Woran erinnerst du dich?

Vor allem an die vielen Ehrenamtlichen in den Betrieben, die sich in den Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) engagieren. Ohne das Engagement vor Ort geht gar nichts – ob in JAV oder Personal- und Betriebsrat. Erst die Mitbestimmung macht Unternehmen, Betriebe und Dienststellen zum Teil der Demokratie. Der Gewerkschaftsjugend sage ich: Lasst euch nie von euren Zielen und Leidenschaften abbringen. Die Gewerkschaften sind der Ort, wo wir euch stark machen.

Und Stärke ist nötig für die tiefgreifenden Veränderungen, die wir vor uns haben: Wir müssen Gesellschaft und Wirtschaft so umbauen, dass in der anstehenden Transformation mehr Arbeits- und Lebensqualität für alle erreicht wird. Wir haben die Kraft für einen neuen, kämpferischen Aufbruch in Zeiten des Umbruchs. Wir haben die Kraft, Menschen für unsere Werte, für unser Handeln und für unsere Gewerkschaftsbewegung zu begeistern.

Noch ein Wort zur aktuellen Lage: In Europa herrscht Krieg. Was können die Gewerkschaften bewirken?

Wir bekennen uns zu einem vereinten, demokratischen Europa und engagieren uns für eine kontrollierte Abrüstung weltweit. Gleichzeitig ist für mich vollkommen klar, dass wir das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine unterstützen müssen. Der Krieg in der Ukraine darf uns aber nicht verführen zu glauben, man könne Frieden mit Waffen schaffen. Was wir brauchen, ist ein Abkommen zur gegenseitigen Rüstungskontrolle in allen Regionen der Welt, eine neue internationale Initiative zur nuklearen Abrüstung weltweit und eine neue Qualität von Friedens- und Entwicklungszusammenarbeit, die faire regelbasierte Handelsabkommen mit einschließt. Nur Demokratie, soziale Sicherheit und Menschenrechte schaffen Aggressionen aus der Welt und entziehen Despoten die Grundlage für ihre Allmachtsphantasien. Denn wer weiß besser als wir: Ohne freie Gewerkschaften gibt es keine freie Gesellschaft. ▀

Die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi

Yasmin Fahimi, 54, kommt aus Hannover und besuchte das Gymnasium Isernhagen bis zum Abitur. Anschließend studierte sie Elektrotechnik, dann Chemie und schloss mit dem Diplom ab. Von 2000 bis 2014 war sie Gewerkschaftssekretärin, zunächst bei der IG BCE-Jugend, dann mit weiteren verschiedenen Aufgabengebieten in ihrer Gewerkschaft, zuletzt als Leiterin der Grundsatzabteilung beim IG BCE-Hauptvorstand. Sie betreute u. a. die Kampagnen »Zukunftsgewerkschaft 2020«,

»Gute Arbeit«, »Trendwende DGB«, »Innovationsforum Energiewende und Denkwerk Demokratie«. Nach einem Engagement als SPD-Generalsekretärin wechselte sie als Staatssekretärin ins Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Seit 2017 war sie Mitglied im Deutschen Bundestag und legte ihr Mandat nach ihrer Wahl zur DGB-Vorsitzenden auf dem 22. DGB-Bundeskongress im Mai dieses Jahres in Berlin nieder. Sie ist die erste Frau in diesem Amt seit Gründung des DGB im Jahr 1949. ▀

Ausbildungspersonal im Fokus

Überlastete Fachkräfte können ihrer wichtigen Aufgabe immer weniger gerecht werden. Die IG Metall-Studie zum Ausbildungspersonal.

Ausbilder*innen – eine Schlüsselrolle

Ausbilder*innen spielen eine zentrale Rolle, um Betriebe erfolgreich durch die Transformation zu bringen und die Fachkräfte der Zukunft fit zu machen. Bundesweit sind 643.000 Ausbilder*innen registriert. Darüber hinaus sind noch weitaus mehr Beschäftigte mit der Ausbildung betraut. Eigentlich ein Pluspunkt. Doch in vielen Betrieben droht das wertvolle Potenzial der dualen Berufsausbildung im Wandel verspielt zu werden. Davor warnen die Autor*innen der neuen repräsentativen Studie »Ausbildungspersonal im Fokus« der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) für die IG Metall in Industrie und Handwerk.

Belastung kostet Ausbildungsqualität

Demnach verringern vor allem persönliche Belastungen des Ausbildungspersonals die Qua-

lität der Ausbildung: Mehr als jeder Zweite (54 Prozent) ist der Studie zufolge widersprüchlichen Anforderungen der Unternehmen ausgesetzt. Das bedeutet: Mehrarbeit und Überstunden (59 Prozent), Stress (70 Prozent) und höhere Arbeitsintensität (86 Prozent). Die Folgen sind gravierend: Fast die Hälfte (45 Prozent) der Befragten muss Abstriche bei der Qualität der Ausbildung machen. Und ebenso viele werden von den Unternehmen über betriebliche Veränderungsprozesse und Planungen im Unklaren gelassen.

Stockende Digitalisierung

74 Prozent der Befragten zufolge sind die Unternehmen finanziell gut ausgestattet für eine bessere digitale Ausbildung. Gleichzeitig sehen sie große Mängel in der Ausstattung (35 Prozent), beim Personal (43 Prozent) und bei der Motivation der Betriebe für eine Digitalisierung der Ausbildung (32 Prozent).

In mehr als jedem dritten Betrieb (38 Prozent) wird es versäumt, die Kenntnisse über neue Maschinen oder innovative Produktions-

techniken systematisch in die Ausbildung zu integrieren.

Zu wenig Qualifikation

Die Weiterbildung der Ausbilder*innen ist zentral, um sie für die anstehenden Herausforderungen zu qualifizieren. Die überwiegende Mehrheit der Unternehmen hat jedoch keine betrieblichen Regelungen zu regelmäßiger Weiterbildung des Ausbildungspersonals (67 Prozent), Kostenübernahmen (55 Prozent) oder Freistellungen (52 Prozent).

Modernisierung gefordert

Die IG Metall fordert, den Standard für berufspädagogische Basisqualifikationen, die Ausbildereignungsverordnung, zu modernisieren.



Zudem solle eine neue Fortbildung für Lernprozessbegleiter*innen geschaffen werden. ▀

Die Studie gibt es auf <https://wap.ig-metall.de/APIF-2021.htm>

Aktivposten

Die Oettinger-Brauerei hat angekündigt, den Standort in Gotha schließen zu wollen. 200 Arbeitsplätze sind gefährdet. Der Grund laut **jungeNGG**: weil man mit Einweg-Produkten mehr Rendite erwirtschaften kann. »Verantwortungslos!«, sagen die jungen Gewerkschafter*innen. Gemeinsam mit allen Gewerkschaftsjugendlichen beim DGB-Bundesjugendausschuss stellen sie sich gegen diese Pläne, die für Betrieb und Umwelt zerstörerisch wirken.



www.facebook.com/jugend.im.dgb

Und noch mal Gastro: **jungeNGG** veranstaltet eine Umfrage zu den Arbeitsbedingungen. Wie ist die Situation bei euch im Betrieb nach den Einschränkungen durch die Corona-Pandemie? Gibt es Vorgänge, die dich stören und geändert werden müssen? An der Befragung können alle teilnehmen, die im Gastgewerbe arbeiten – egal, ob NGG-Mitglied oder nicht.



www.junge-ngg.net

Wer denkt sich denn sowas aus: Der DB-Konzern will laut **EVG-Jugend** den Mindestlohn nur als Ausgleichszulage bezahlen. Heißt: das Weihnachtsgeld, mögliche tarifliche Einmalzahlungen und letztendlich auch die 2023 zu



M. Seiler

vereinbarende Lohnerhöhung werden angerechnet bzw. abgeschmolzen! Die EVG-Jugend ruft daher alle auf: Solidarisiert euch mit den betroffenen Kolleg*innen und schickt eine Protestmail an Personalvorstand Martin Seiler! Die Adresse: Martin.Seiler@deutschebahn.com.

www.facebook.com/EVGJugend

Die **GEW** setzt sich für ein wirksames europäisches Lieferkettengesetz ein. Sie weist auf die besondere Dringlichkeit hin, da das Ziel der Vereinten Nationen, Kinderarbeit bis 2025 abzuschaffen, akut gefährdet sei. Die Corona-Pandemie habe die wirtschaftliche Situation vieler Familien verschärft. Die Folge: Weltweit gebe es wieder mehr Kinderarbeit. Mit ihrer Stiftung fair childhood engagiert sich die GEW dafür, kinderarbeitsfreie Zonen zu schaffen. Aktuell unterstützt sie gemeinsam mit der Bildungsgewerkschaften in elf Ländern Projekte gegen Kinderarbeit.



www.gew.de/internationales/fair-childhood

Seit der Vergabe der Fußball-Weltmeisterschaft an Katar haben Millionen Wanderarbeitnehmer*innen aus asiatischen und afrikani-

schen Ländern auf den Baustellen geschuftet – und manche sind zu Tode gekommen –, um die gigantische Infrastruktur für das Fußballturnier zu errichten. Der globale Gewerkschaftsbund **Bau- und Holzarbeiter Internationale** (BHI) und die **FIFPRO**, die Vertretung von Profifußballern, haben mit einem Freundschaftsturnier vor Ort auf die Missstände aufmerksam gemacht. Die Organisator*innen und die vier Teams aus Arbeitsmigrant*innen, Profi-Fußballer*innen und jungen Gewerkschafter*innen haben damit den Fokus auf Arbeitnehmerrechte, Gleichheit und Solidarität gerichtet.



www.bwint.org

Adam ist völlig gestresst und hat keinen Plan, was er tun soll. Tina geht mit Bauchschmerzen zur Arbeit und ist nirgends vor den miesen Sprüchen ihrer Kolleg*innen sicher. Cem hat Angst, nach der Ausbildung keinen Job zu finden. Die **ver.di Jugend** empfiehlt gestressten jungen Menschen das E-Learning-Programm der Stiftung Achtung! Kinderseele. Damit kann



ACHTUNG!
KINDERSEELE

man sich spielerisch mit ausbildungstypischen Problemen beschäftigen, und man bekommt Anregungen, wie man sie lösen kann. Das Ganze ist kostenlos und erfordert keine Anmeldung.

www.achtung-kinderseele.org/auszubildende

Für einen guten Ausbildungsstart

Für einen guten Start in das erste Ausbildungsjahr – auch unter möglichen Corona-Bedingungen – beantwortet »Dr. Azubi« die wichtigsten Fragen.

Muss ich in den Betrieb, wenn meine Berufsschule geschlossen hat?

»Dr. Azubi« **antwortet:** Wenn deine Berufsschule Homeschooling anbietet, muss dein Betrieb dich hierfür weiter freistellen (§ 15 Berufsbildungsgesetz, BBiG). Davon abgezogen werden können die Zeiten, die nicht im Homeschooling vermittelt werden (z. B. Sportunterricht). Sollte kein Homeschooling angeboten werden, musst du ganz normal in den Betrieb gehen.

Achtung: Das gilt nicht, wenn du in Quarantäne bist oder es ein Betretungsverbot für deinen Betrieb gibt!

Darf ich der Ausbildung fernbleiben?

»Dr. Azubi« **antwortet:** Nein. Auch nicht, weil etwa die Ansteckungsgefahr auf dem Weg zur oder bei der Arbeit zu hoch ist. Dein Betrieb muss alle Hygienevorschriften einhalten, damit es zu keiner Ansteckung am Arbeitsplatz kommen kann.

Eigenmächtiges Fernbleiben ist unentschuldigtes Fehlen! Es kann arbeitsrechtliche Konsequenzen haben – von Abzügen bei deiner Vergütung bis hin zu Abmahnungen. Und wenn es ganz übel kommt, folgt eine Kündigung oder deine Zulassung zu den Prüfungen ist womöglich gefährdet.

Natürlich kannst du mit den Ausbilder*innen sprechen; ihr könnt bei einer konkreten Gefährdung vereinbaren, dass du zeitweise im Homeoffice arbeitest.

Kann ich als Auszubildende*r im Homeoffice arbeiten?

»Dr. Azubi« **antwortet:** Ausbildung kann nur stattfinden, wenn dein*e Ausbilder*in anwesend ist, dir für Fragen zur Verfügung steht und dich in Arbeitsvorgänge einweisen kann (§ 14 Abs. 1 Nr. 2 BBiG). Das geht in der Regel nicht im Homeoffice. Sollte es wegen der pandemischen Situation nicht anders möglich sein, dann ist Homeoffice ausnahmsweise vertretbar.

Nicht vergessen: Auch hier sind regelmäßige Gespräche mit euren Ausbilder*innen wichtig!

Darf ich ausgeliehen werden?

»Dr. Azubi« **antwortet:** Dein Betrieb ist dafür verantwortlich, dir alle Ausbildungsinhalte nach dem Ausbildungsrahmenplan beizubringen. Wenn Betriebsteile schließen bzw. der komplette Betrieb zeitweise schließt, ist dein Betrieb weiterhin verpflichtet, dir eine gute Aus-

bildung zu gewährleisten. Das kann eine vorübergehende Ausleihe an einen anderen Betrieb bedeuten. Hierfür müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

- Du musst der Ausleihe zustimmen.
- Der Partnerbetrieb muss im selben oder in einem ähnlichen Beruf ausbilden.
- Die beiden Betriebe schließen einen Kooperationsvertrag, in dem Ausbildungsinhalte und Vergütung geregelt sind.

Kann mein Betrieb mich denn in Kurzarbeit schicken?

»Dr. Azubi« **antwortet:** In der Regel darf für dich keine Kurzarbeit angeordnet werden. Der Betrieb muss erst alle Mittel ausschöpfen, dir eine gute Ausbildung anzubieten. Dafür können Ausbildungsinhalte umgestellt bzw. Ausbildungsteile vorgezogen werden. Du kannst in eine andere Abteilung versetzt werden, wieder in die Ausbildungswerkstatt kommen oder an einen anderen Betrieb ausgeliehen werden. Erst wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind, kann Kurzarbeit auch in Frage kommen. In diesem Fall hast du Anspruch auf eine Fortzahlung deiner Vergütung für mindestens sechs Wochen. Tarifvertraglich können auch längere Fristen gelten. Erst danach kann der Arbeitgeber Kurzarbeit beantragen.

Darf mein*e Ausbilder*in in Kurzarbeit geschickt werden?

»Dr. Azubi« **antwortet:** Auch hier gilt, dass die Ausbildung nur stattfinden kann, wenn du Ausbilder*innen an deiner Seite hast. Da der Betrieb seiner Ausbildungspflicht nachkommen muss, dürfen sie nur im Ausnahmefall in Kurzarbeit geschickt werden. Wirst du deswegen nur mangelhaft oder gar nicht ausgebildet, kann ein Schadenersatzanspruch gegenüber deinem Ausbildungsbetrieb entstehen.

Kann mir einfach so gekündigt werden?

»Dr. Azubi« **antwortet:** Nach der Probezeit bist du in einem geschützten Arbeitsverhältnis. Kurzarbeit an sich kann dann keine Kündigung der Auszubildenden durch den betroffenen Ausbildungsbetrieb rechtfertigen. Es sei denn, die Ausbilder-Arbeit kommt für längere Zeit vollständig zum Erliegen. Entfällt dadurch die Ausbildungseignung des Betriebes, ist eine Kündigung der Auszubildenden möglich, ohne dass ein Schadenersatzanspruch entsteht. Dein Betrieb ist aber dazu verpflichtet, sich rechtzeitig in Zusammenarbeit mit der zuständigen Agentur für Arbeit um einen anderen Ausbildungsbetrieb für dich zu bemühen.

Hilfe! Mein Betrieb schickt mich in den Urlaub. Geht das so einfach?

»Dr. Azubi« **antwortet:** Urlaub sollte deiner Er-



Termin bei
Dr. Azubi.
Mit Julia Kanzog
doktor-azubi.de

holung dienen. Daher kannst du nicht in einfach so in den »Zwangsurlaub« geschickt werden. Je nach den Umständen des Einzelfalls kann dein Betrieb aber im Rahmen seines Direktionsrechts Betriebsurlaub anordnen. Eine solche Anordnung darf jedoch nie den gesamten Jahresurlaub umfassen und ist in der Regel auch nur mit einem angemessenen Vorlauf möglich. Sollte es in deiner Firma einen Betriebsrat geben, ist eine solche Anordnung außerdem mitbestimmungspflichtig.

Was ist los, wenn mein Betrieb Insolvenz anmeldet?

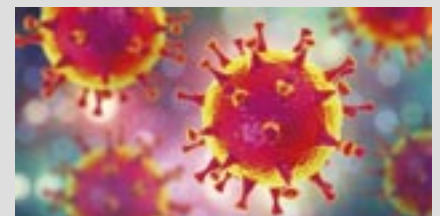
»Dr. Azubi« **antwortet:** Dann ändert sich für dich und deine Ausbildung erst mal nichts, denn dein Vertrag bleibt weiterhin bestehen. An die Stelle deines Ausbildungsbetriebes tritt nun eine Ausbildungsverwaltung – und alle Rechte und Pflichten aus dem Ausbildungsverhältnis sind ihr gegenüber zu stellen. Wichtig ist, dass du keine Vertragsänderungen zu deinem Nachteil unterschreibst.

Ist absehbar, dass der Betrieb eingestellt wird, sollten die Entscheider*innen des insolventen Unternehmens Kontakt mit der zuständigen Kammer aufnehmen, um die Weiterführung der Berufsausbildungsverhältnisse abzuklären. Welchen Einfluss die Betriebsstilllegung auf das Prüfungsverfahren hat, kann dann im Einzelfall auch mit der Ausbildungsberatung abgesprochen werden. ▀

Corona-Maßnahmen ab Herbst

Die Entwicklung rund um den Coronavirus stellt Auszubildende, junge Beschäftigte und Studierende vor große Probleme – und es kann gut sein, dass die Maßnahmen der Behörden zum Herbst hin wieder verschärft werden. Die DGB-Jugend stellt umfangreiche aktuelle Infos zur Verfügung: ▀

<https://jugend.dgb.de/corona-infos>



Die BAföG-Reformen sind Flickwerk

Es reicht nicht: DGB, Gewerkschaftsjugend und Studierendenvertretung fzs kritisieren die neuen Gesetze zur Studienfinanzierung des Bundes.

Das neue BAföG

Ende Juni 2022 wurde im Bundestag das 27. BAföG-Änderungsgesetz beschlossen – und im gleichen Zug bereits das 28. BAföG-Änderungsgesetz eingebracht. Es soll für zukünftige Krisensituationen ein »Notfall-BAföG« etablieren.

Mit dieser Reform erhalten künftig zwar mehr Studierende BAföG, jedoch reichen die

neuen Mietkostenzuschuss, der sich an der Wohnkostentabelle orientiert. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack: »Bedarfssätze und Wohnzuschüsse müssen regelmäßig angepasst werden. Auch die Einführung einer Studienstarthilfe für besonders bedürftige Neustudierende darf nicht auf die lange Bank geschoben werden.«

Ausdrücklich zu begrüßen seien hingegen die höheren Elternfreibeträge und die neue Altersgrenze bis 45 Jahre. Hannack: »Damit wird es künftig mehr Menschen aus einkommensschwachen Haushalten und mit besonderen Bildungsbiografien möglich sein, ein Studium aufzunehmen.«

Kritik von der DGB-Jugend

Die DGB-Jugend und der freie Zusammenschluss von student*innen-schaften (fzs) haben in einer gemeinsamen Erklärung deutlich gemacht, dass es trotz der guten und notwendigen Schritte noch einiges zu tun gibt, um das BAföG wieder zu einem besser funktionierenden Instrument der sozialen Gerechtigkeit zu machen.

»Die BAföG-Reform ist leider wieder nur ein Tropfen auf den heißen Stein«, sagt der Bundesjugendsekretär der DGB-Jugend, Kristof Becker. Der aktuelle Grundbedarfssatz wird jetzt zwar auf etwa 450 Euro angehoben. Das sei aber nicht ausreichend. Becker: »Wir wissen, dass Studierende bereits 2016 durchschnittlich 535 Euro für ihren Lebensunterhalt (ohne Wohnkosten) ausgegeben haben. Angesichts der aktuell dramatischen Teuerungsrate muss man nun wirklich kein Mathe-Genie sein, um zu sehen, dass die Erhöhung vorne und hinten nicht reicht.«

Es sei ein Unding und sozial zutiefst ungerrecht, dass ausgerechnet diejenigen, die aus einer ohnehin schon finanziell und sozial benachteiligten Situation kommen, ihr Berufsleben mit Schulden beginnen sollen. Zumal viele Studierende, die eigentlich BAföG-berechtigt seien, die Leistung aus eben dieser Angst vor Verschuldung gar nicht erst beantragen. »Die Lösung ist einfach: Der Darlehensanteil muss weg. Das BAföG muss wieder ein Vollzuschuss werden.«

Kritik vom fzs

Im Namen der Studierendenverbände erklärte fzs-Vorständin Lone Grotheer: »Einen Notfallmechanismus zu etablieren und gesetzlich zu verankern ist ein Schritt in die richtige Richtung. Dieser muss aber grundsätzlich alle Studierenden erreichen, also auch internationale. Sonst trifft es in der Krise diejenigen besonders hart, die es ohnehin schon schwerer haben.«

Mit dem 27. und 28. Änderungsgesetz würden zwar kurzfristig Löcher geflickt. Dieses »Flickwerk« dürfe aber nicht davon ablenken, dass das BAföG dringend einer grundlegenden Erneuerung bedürfe. Grotheer: »Die studentische Armut wächst von Semester zu Semester – und trotzdem ist die Abdeckungsquote des BAföG mittlerweile auf elf Prozent gesunken. Es braucht ein BAföG, das endlich wieder der studentischen Lebensrealität gerecht wird und es auch bleibt!«

Das Ministerium ist am Zug

Die Verbände drängen nun darauf, dass Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) die im Koalitionsvertrag angekündigte BAföG-Strukturreform schnell auf den Weg bringt und dabei auch Verbesserungen bei der Förderung von Schüler*innen angeht. ▀



Fordern Verbesserungen: Kristof Becker von der DGB-Jugend und Lone Grotheer vom fzs

neuen, höheren Regelsätze und Wohnkostenzuschüsse bei weitem nicht, um die Inflation auszugleichen. Auch die von den Koalitionsparteien geplante weitere Erhöhung der Bedarfssätze um 0,75 Prozent ist zwar ein wichtiges Signal, aber noch weit entfernt von einem echten Wandel.

Das fordern DGB und DGB-Jugend

DGB und DGB-Jugend fordern eine sofortige Erhöhung der Bedarfssätze um 150 Euro und ei-

Spuren der Erinnerung

Die DGB-Jugend Berlin-Brandenburg geht auf Gedenkstättenfahrt nach Terezín.

Etwa 15.000 Juden und Jüdinnen wurden zwischen 1942 und 1945 aus Berlin zunächst in das Ghetto Theresienstadt verschleppt. Die zwischen Dresden und Prag gelegene Festung war bereits seit Dezember 1914 Zwischenstation für Juden und Jüdinnen aus Böhmen und Mähren auf dem Weg in die Vernichtungslager. Tausende starben an Hunger und Krankheiten in der völlig überfüllten Stadt. Insgesamt wurden 141.000 Menschen nach Theresienstadt verschleppt, von denen lediglich 23.000 die Shoah überlebten.

Auf der gemeinsamen Gedenkstättenfahrt der DGB-Jugend Berlin-Brandenburg und des Fördervereins für Jugendarbeit in Brandenburg e. V. werden die Spuren der aus Berlin-Brandenburg und anderen Orten nach Theresienstadt Deportierten nachverfolgt. Auf dem Programm stehen geführte Rundgänge, Ausstellungsbesuche und Workshops. Insbesondere wird es um das Schicksal der Beschäftigten der Blindenwerkstatt Otto Weidt sowie der Zwangsarbeiter*innen eines Außenkommandos des Ghettos gehen, das noch kurz vor Kriegsende in Ost-Brandenburg eingerichtet wurde. Außerdem werden die Besucher*innen Überlebende des Holocaust von Theresienstadt treffen. Einen Tag wird die Gruppe zudem in

Prag verbringen, um dort mehr über die Geschichte des Judentums im damaligen Böhmen und Mähren vor der deutschen Besetzung zu lernen. Darüber hinaus bietet die Gedenkstättenfahrt die Möglichkeit, sich mit der deutschen Besatzungsherrschaft sowie dem Widerstand dagegen auseinanderzusetzen. Es wird darüber hinaus auch Zeit zu selbstständigen Erkundungen, vertiefender Beschäftigung und zur Verarbeitung geben.

Für alle Berliner*innen und Brandenburger*innen bis 26 Jahre ist die Teilnahme kostenfrei; alle anderen zahlen einen Unkostenbeitrag von 50 Euro. ▀

12. bis 17. September 2022.

Infos: <https://bb-jugend.dgb.de/-/Hy6>

Umverteilung – aber richtig!

Dokumentation: Die ver.di Jugend spricht sich gegen ein »Bedingungsloses Grundeinkommen« aus.

Die ver.di Jugend hat sich in einem umfassenden Prozess mit dem Thema »Bedingungsloses Grundeinkommen« (BGE) beschäftigt und ist in einen kritischen Austausch der verschiedenen Positionen zum BGE gegangen.

Die Gründe für die Ablehnung des BGE werden folgend aufgeführt: Aus ökonomischen Gesichtspunkten ist einzig der neoliberale Ansatz zum BGE umsetzbar. Bei diesem würden alle Leistungen der sozialen Sicherungssysteme in das BGE zusammengefasst werden. Dies stellt jedoch das Gegenteil dessen dar, was wir als Gewerkschaft fordern. Da sich das neoliberale BGE »aus dem durch Erwerbstätigkeit produzierten Volkseinkommen finanzier[en]« (vgl. *ver.di Wirtschaftspolitik-Informationen*, Nr. 4, 12/2017) müsste, würde dies weder einer Umverteilung von oben nach unten entsprechen, noch eine bedarfsgerechte Finanzmittel-Ver-sorgung hervorbringen.

Für die Mehrheit der lohnabhängig Beschäftigten, welche die Hauptlast einer BGE-Finanzierung leisten müssten, würde sich kein finanzieller Vorteil ergeben. Durch den Wegfall einer Bedürftigkeitsprüfung bedarfsorientierter Sonderzahlungen könnte es je nach Höhe eines pauschalen BGE sogar zu einer deutlichen Schlechterstellung kommen. Dies stellt insbesondere eine Armutsgefährdung niedriger Einkommen, Erwerbsloser und Rentner*innen dar.

Dennoch stellt sich die Frage, warum viele auch gerade sozial-orientierte Bürger*innen und auch Gewerkschaftsmitglieder ein BGE fordern. In der Utopie würde dieses eine staatlich garantierte finanzielle Absicherung für alle darstellen, ohne Zwänge und Anforderungen. Es wird suggeriert, dass Menschen nur so wirklich frei in ihrer Entscheidung zur Arbeit wären, so dass eine vollendete Entfaltung möglich wäre.

Dieser Wunsch ist bei steigender Armut, der Ausweitung von prekären Arbeitsverhältnissen und der Überlastung durch die Koordination von Arbeitszeiten, Familienleben und Ehrenämtern durchaus nachvollziehbar. Insbesondere der Wunsch nach einem besseren Verhältnis zwischen Arbeit und Freizeit und damit

Für die Mehrheit der Beschäftigten würde sich kein Vorteil ergeben.

einer Steigerung der Lebensqualität schlägt sich in immer kleinteiligeren Arbeitsverhältnissen (z. B. Teilzeit) oder auch einer sich weiter verbreitenden Start-up-Kultur nieder.

Doch gerade die Reduzierung von Arbeitszeit müssen sich Arbeitnehmer*innen leisten können. In einem Ausbildungsverhältnis scheint dies gänzlich unmöglich. Der Wunsch nach einem BGE kann als gesellschaftlicher Ausdruck vielfältiger finanzieller, sozialer sowie die Arbeitswelt betreffender Probleme gesehen werden. Probleme, die Kernpunkte gewerkschaftlicher Forderungen, Arbeitskämpfe und die Arbeit von Interessenvertretungen in Betrieben und Dienststellen betreffend.

Als ver.di Jugend stehen wir für die Antworten auf diese Krisenerscheinungen. Mit unserer Arbeit in Betrieben, Dienststellen und Fach-/Hochschulen, in Gremien der Mitbestimmung und Tarifkommissionen streiten wir für bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen und höhere Vergütungen. Wir setzen uns schon lange für ein besseres BAföG, die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns, die Erhöhung der Grundsicherung und Verbesserung des Renten-



niveaus ein. Für eine echte bedarfsadaptierte Unterstützung ohne Sanktionen und eine gerechtere Verteilung der Kosten über alle Teile unseres Wirtschaftssystems.

Der Wunsch nach einem BGE muss daher auch als ein Appell an uns als Gewerkschaftsjugend gehört werden, unsere Forderungen, Möglichkeiten und Stärken noch sichtbarer und deutlicher in die gesellschaftliche Öffentlichkeit und Arbeitswelt zu tragen. ▀

Infos: www.aktiv-gegen-diskriminierung.info/news/position-zum-bedingungslosen-grundeinkommen

Ein bedingungsloses Grundeinkommen

Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) ist ein sozialpolitischer Finanztransferorschlag, nach dem jede Bürger*in eine gesetzlich festgelegte und für jeden gleiche vom Staat ausgezahlte finanzielle Zuwendung erhält, ohne dafür eine Gegenleistung erbringen zu müssen. Es wird in Finanztransfermodellen als eine Finanzleistung diskutiert, die ohne weitere Einkommen oder bedingte Sozialhilfe existenzsichernd wäre.

Der Vorschlag eines BGE klingt zunächst attraktiv: Allen Menschen soll ein Einkommen garantiert werden, von dem sie leben können. Ein BGE soll ein Einkommen sein, das der Staat ohne Bedingungen jeder Person auszahlt, unabhängig davon, über welche Einkommen und Vermögen diese Person ansonsten verfügt.

Bei genauerer Betrachtung gibt es eine große Unklarheit – wie das alles funktionieren und finanziert werden soll. Denn es wird kei-

nerlei Bedürftigkeitsprüfung geben, jede Person erhält den gleichen Betrag (Kinder eventuell weniger).

Die Idee, jedes Gesellschaftsmitglied an den Gesamteinnahmen der Gesellschaft voraussetzungslos zu beteiligen, wird in vielen Ländern diskutiert – ganz unterschiedlich. Das in Deutschland populärste Modell eines BGE propagierte der in diesem Jahr verstorbene Unternehmer und dm-Markt-Besitzer Götz Werner, dessen Konzept die Abschaffung der Einkommensteuer bei gleichzeitiger Erhöhung der Mehrwertsteuer vorsieht.

Gerade viele Gewerkschafter*innen sprechen sich dagegen aus: Gäbe es ein BGE, könnte bei Verhandlungen um den Lohn nicht mehr der Anspruch gestellt werden, mindestens eine existenzsichernde Höhe zu haben. Jedes Arbeitseinkommen hätte den Charakter eines Zuverdienstes zum BGE. ▀

Infos: <https://gegenblende.dgb.de/-/gls>

Atlas des Monats

Der »Atlas der digitalen Arbeit« widmet sich der technischen Transformation der Arbeitswelt. Er blickt auf Auto-, Chemie- und Pharmabranche, auf Pflege sowie den öffentlichen Dienst und reflektiert den Stand der Mitbestimmung im digitalen Kapitalismus. Besondere Kapitel behandeln das Thema Ausbildung.

Soli aktuell sagt: Wo Gewerkschaften die Mitbestimmung vortreiben, stehen die Arbeitnehmer*innen besser da!

DGB/HBS: Atlas der digitalen Arbeit, Berlin 2022, Broschüre, 56 S.

Download und Bestellung auf www.dgb.de/atlas-der-arbeit



Filmtipp: Marc-Uwe und sein kapitalismuskritisches Känguru müssen Marias Mutter retten, die sich im Verschwörungswirbel verheddert. Die nächste Komödie mit dem politisch bewussten Beuteltier.

»Die Känguru-Verschörung«. D 2022. Regie: Marc-Uwe Kling, mit Dimitrij Schaad, Rosalie Thomass. Kinostart: 25. August 2022



Studien-Tipp: Die Sonderauswertung des DGB Index Gute Arbeit liefert Fakten und Zahlen zu den Arbeitsbedingungen während der Corona-Krise.

Download und Bestellung auf <https://tip.de/Index-Corona>

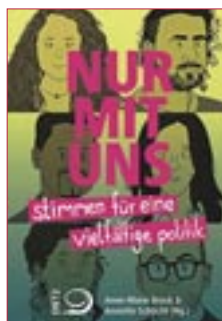
Streik-Tipp: Warum gibt es bei Amazon gleichzeitig Streiks und eine Hinnahme der Arbeitsbedingungen? Autorin Sabrina Apicella nimmt das Prinzip Versandriebe auseinander und erklärt die neue Fabrikarbeit.

Sabrina Apicella: Das Prinzip Amazon. Über den Wandel der Verkaufsarbeit und Streiks im transnationalen Versandhandel, VSA-Verlag, Hamburg 2021, 240 S., 16,80 Euro



Nachdenk-Tipp: Nur eine*r von zehn Abgeordneten in deutschen Parlamenten hat eine Migrationsgeschichte, aber über ein Viertel der Bevölkerung. Das Buch »Nur mit uns« gibt Positionen der jungen migrantischen Politiker*innen-Generation Raum.

Anne-Marie Brack, Annette Schlicht (Hg.): Nur mit uns: Stimmen für eine vielfältige Politik, Dietz-Verlag, Bonn 2021, 112 S., 14 Euro



Seminare Hattingen
Mit Martin Ströhmeier,
Leiter der DGB-Jugendbildung

Starke Demokratie in der beruflichen Bildung. Wir wollen, dass junge Menschen an Orten der beruflichen Bildung Gehör finden. Wir qualifizieren dich, als Multiplikator*in unsere Methoden mit deinen Gruppen in Betrieb/Dienststelle und Berufsschule anzuwenden und junge Menschen zum Mitmachen zu motivieren.

18. bis 23. September 2022

Gremienarbeit. Gewerkschaftsarbeit findet in Arbeitskreisen, Ausschüssen und Konferenzen statt – im Betrieb oder an der Hochschule, auf lokaler oder der Bundesebene. Damit sie gelingt, vermitteln wir grundlegende Fähigkeiten für die Arbeit in den Gremien.

14. bis 16. Oktober 2022

Anmeldungen: www.dgb-jugendbildung.de



SOLIDARITÄT GEHT IMMER!

DGB
jugend

soli aktuell abonnieren!

Die **Soli aktuell** ist das Monatsmagazin der DGB-Jugend. Die Redaktion berichtet über alles, was in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit passiert. Du findest darin News und Hintergründe zu Themen, die junge Menschen betreffen. Ob globalisierungskritische Bewegungen, Kampagnen gegen Studiengebühren oder gegen Ausländerfeindlichkeit, Jugendcamps, Workshops oder Digitalisierung – die **Soli aktuell** hält dich auf dem Laufenden in Sachen Jugendpolitik.

Wenn ihr die **Soli aktuell** abonnieren möchtet, einfach im Internet auf jugend.dgb.de/soli-aktuell die Bestellmail ausfüllen und absenden. Abo und Versand sind kostenlos.